

NIEDERSCHRIFT
über die 10. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises
in der 10. Wahlperiode 2014/2019

in Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal
am Montag, 21. Dezember 2015, 15.00 Uhr

Vorsitzender: Landrat Winfried Werner

Schriftführerin: Verwaltungsangestellte Tatjana Herbrandt

Teilnehmer/innen: siehe Anwesenheitsverzeichnis

I. Eröffnung und Begrüßung:

Landrat Werner eröffnet die 10. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises in der 10. Wahlperiode 2014/2019 und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

II. Tagesordnung:

A) Öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Niederschrift der 9. Sitzung vom 17.11.2015
2. Einwohnerfragestunde
3. Jahresrechnung des Donnersbergkreises 2014
 - a) Feststellung des geprüften Jahresergebnisses 2014
 - b) Entlastung zur Haushaltsführung und Jahresrechnung 2014
4. Entscheidung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2016

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Genehmigung der Niederschrift der 9. Sitzung vom 17. November 2015

I. Sachverhalt:

Auf eine Nachfrage von Landrat Werner hin, werden keine Änderungswünsche zu der Niederschrift geäußert.

II. Beschluss

Der Kreistag des Donnersbergrreises genehmigt einstimmig die Niederschrift der 9. Sitzung des Kreistages.

Ergebnis der 10. Sitzung des Kreistages des Donnersbergrreises am 21. Dezember 2015 in
Kirchheimbolanden

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Einwohnerfragestunde

I. Sachverhalt:

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Jahresrechnung des Donnersbergkreises 2014
 a) Feststellung des geprüften Jahresergebnisses 2014
 b) Entlastung zur Haushaltsführung und Jahresrechnung
 2014

I. Sachverhalt:

Landrat Werner übergibt den Vorsitz an 2. Kreisbeigeordneten Hugo Paul, der wie folgt ausführt: „Gemäß § 57 der Landkreisordnung (LKO) in Verbindung mit § 110 Abs. 1 und 2 der Gemeindeordnung (GemO) hat der Landrat den Jahresabschluss dem Kreistag zur Prüfung vorzulegen, nachdem er durch den Rechnungsprüfungsausschuss nach den Grundsätzen der §§ 112, 113 GemO geprüft worden ist.“

Nach § 114 Absatz 1 der GemO hat der Kreistag spätestens am 31.12. des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses zu beschließen. In einem gesonderten Beschluss entscheidet er über die Entlastung des Landrates und der Beigeordneten, soweit diese einen eigenen Geschäftsbereich leiten oder den Landrat vertreten haben.“

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat am 16. Dezember 2015 getagt. Er bittet den Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses Herrn Klaus-Dieter Groß (CDU) über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.

Klaus-Dieter Groß (CDU) berichtet, der Rechnungsprüfungsausschuss des Donnersbergkreises hat sich in seiner Sitzung am 16.12.2015 mit dem Jahresabschluss des Donnersbergkreises zum 31.12.2014 und dem Prüfbericht des Jahresabschlusses 2014 des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes befasst. Die im Prüfbericht aufgeführten Beanstandungen sind von der Verwaltung bereits umgesetzt, bzw. werden künftig beachtet. Mit Schreiben vom 09.12.2015 hat das RPA erklärt, dass die Beanstandungen erledigt sind. Es sind keine Verstöße gegen geltendes Recht und die Grundsätze einer sorgfältigen Haushaltsführung festgestellt worden. Der Rechnungsprüfungsausschuss des Donnersbergkreises hat deshalb einstimmig beschlossen, dem Kreistag vorzuschlagen, Herrn Landrat Werner, vertretungsweise auch den Kreisbeigeordneten für das Jahr 2013 die Entlastung zu erteilen, aufgetretene Haushaltsüberschreitungen zu genehmigen und über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses zu

beschließen.

II. Beschlüsse:

Der Kreistag des Donnersbergkreises stellt den geprüften Jahresabschluss des Donnersbergkreises für 2014 wie folgt fest:

- Jahresfehlbetrag der Ergebnisrechnung in Höhe von 3.420.749,04 €
- Bilanzsumme in Höhe von 218.108.372,55 €
- einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag in Höhe von 59.822.250,02 €

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Kreistag des Donnersbergkreises erteilt dem Landrat als Leiter der Kreisverwaltung Donnersbergkreis, vertretungsweise auch den Kreisbeigeordneten, für das Jahr 2014 Entlastung und genehmigt die im Haushaltsjahr aufgetretenen Haushaltsüberschreitungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Gem. § 16 LKO waren Wilfried Pick (CDU) und Christoph Stumpf (SPD) von der Beratung und Entscheidung zu diesem Tagesordnungspunkt ausgeschlossen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Entscheidung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2016

I. Sachverhalt:

Landrat Werner führt aus, heute wird ein Haushaltsplan für das Jahr 2016 mit einem Defizit von rund 860.000 € vorgelegt. Zunächst mal sei dies eine Verschlechterung gegenüber dem laufenden Haushaltsplan, in dem Stand heute, als Jahresergebnis 2015 eine schwarze Null erreicht werden kann.

Der Donnersbergkreis sei weiter auf dem Konsolidierungspfad, der spätestens mit dem laufenden Haushaltsjahr beschritten wurde.

Denn das Ergebnis eines Haushaltsplanes ist eine Folge der verschiedensten Veränderungen in den Einzelplänen. Eine wesentliche Veränderung in 2016 ist die Tatsache, dass der Kreis die Neumayerschule in Kirchheimbolanden übernimmt. Neben aktuell 720.000 Euro laufenden Kosten pro Jahr, ist aber vor allem die Ablöse von Verbindlichkeiten in Höhe von 1,3 Millionen Euro zu nennen, die die Verbandsgemeinde Kirchheimbolanden noch für Investitionen in diese Schule belasten. Wie bei allen anderen Schulen auch, wird dieser Betrag übernommen, was im Sommer der Kreistag so beschlossen hat. Ohne diese einmalige Belastung sieht der Gesamthaushalt schon wieder etwas freundlicher aus.

Die Übernahme der Realschule in Kirchheimbolanden hat aber auch zur Folge, dass wegen der dauerhaften Belastung die Kreisumlage um einen Punkt angehoben werden muss. Dies wurde auch bei der Übernahme der anderen Schulen ebenfalls getan. Das ist insbesondere keine Mehrbelastung für die Ortsgemeinden – es ist lediglich eine Umverteilung der Ausgaben von der jeweiligen Verbandsgemeinde auf den Landkreis. Die Verbandsgemeinden wurden von diesen Ausgaben entlastet. Diese Entlastung haben alle durch Senken ihrer Umlagen an ihre Ortsgemeinden weiter gegeben. Die Verbandsgemeinden haben die Hebesätze ihrer Umlagen zwischen vier und sechs Punkten gesenkt – während der Kreis die Umlage erhöht hat. Für die Ortsgemeinden bleibt dies ein Nullsummenspiel – denn auch die Verbandsgemeinde Kibo erhält jetzt den Spielraum, ihre Umlage deutlich zu senken.

In der Haushaltssatzung ist vorgesehen, sowohl den Hebesatz für die Gewerbesteuer als auch den Hebesatz für die übrigen Steuergrundlagen um einen Punkt zu erhöhen. Wegen des Rückgangs der Gewerbesteuer und des Anstiegs der sonstigen Steuergrundlagen verschiebt sich auch das Verhältnis zwischen den Steuergruppen. Der gewichtete Hebesatz der Kreisumlage beträgt damit 42,5 Punkte im Jahr 2016 gegenüber 41,8 Punkten im laufenden Jahr. Damit liegt der Donnersbergkreis immer noch mehr als einen Punkt unter dem Landesdurchschnitt. Wegen des Rückgangs der Gewerbesteuergrundlagen um rd. 8 Millionen Euro sind trotz der Erhöhung der Umlage 1,5 Millionen Euro weniger in der Kasse als im laufenden Jahr und die Ausgaben steigen natürlich weiter.

Trotzdem sollen auch in diesem Jahr die Kassenkredite weiter reduziert werden. 600.000 € sollen getilgt und damit die in diesem Jahr begonnene Trendwende, weg von immer weiter steigenden Liquiditätskrediten, gefestigt werden. Im Rahmen des kommunalen Entschuldungsfonds bekommt der Kreis vom Land jedes Jahr 1,5 Mio. €, um damit die Liquiditätskredite zurückzuführen. In diesem Umfang wird dies auch in 2016 nicht möglich sein – das wird Grund für die Kommunalaufsicht in Trier sein, wieder in ernste Gespräche mit dem Kreis einzutreten.

Warum steht der Kreis bei diesem Einnahmerückgang (1,5 Millionen Euro weniger Umlage) und steigenden Ausgaben nicht noch schlechter da?

Zum einen wegen der Haushaltsdisziplin. Auch weiterhin wird jeder Cent zweimal umgedreht, bevor dieser einmal ausgegeben wird – und das schon seit Jahren.

Zum andern hilft zusätzlich die Zuweisung des Landes aus dem Finanzausgleich. Diese werden im nächsten Jahr um 4,4 Millionen Euro ansteigen – vor allem die Schlüsselzuweisungen B2 und C haben dem Kreis die finanzielle Luft verschafft, die dringend gebraucht wird, um diesen Kreishaushalt vorlegen zu können.

Dieses Geld dient allerdings primär nicht dazu, um Schulden zu reduzieren und den Haushalt zu konsolidieren. Mit diesen Mitteln soll die Zukunft der Region des Donnersberger Landes und der Menschen, die hier leben, gestaltet werden. Landrat Werner geht hier auf zwei Bereiche aus dem großen Aufgabengebiet Bildung ein:

Zum einen seien dies die Kitas. Seit vielen Jahren wird gemeinsam mit den Kita-Trägern und dem Land dafür gesorgt, dass die notwendigen investiven und personellen Maßnahmen auf den Weg gebracht werden, um den Kindern und ihren Eltern eine zukunftssichere Perspektive zu bieten. Kreisweit können hier die Rechtsansprüche auch der jüngeren Kinder erfüllt werden.

In 50 Kitas, stehen rund 3000 Betreuungsplätze zur Verfügung – über die Hälfte als Ganztagsplätze. Dabei sind auch rund 450 Plätze für Kinder ab dem ersten Lebensjahr. Das Betreuungsangebot wird von Erzieherinnen und Erziehern in einem Umfang von rund 340 Vollzeitstellen gewährleistet. Hierfür werden im Jahr 2016 Personalkosten i.H.v. 21,3 Mio. € erwartet, von denen knapp 10 Mio. € vom Landkreis zu finanzieren sind. Allein die Tarifeinigung zum 01.07.2015 wirkt sich mit einem Betrag von 770.000 Euro aus. Das ist insgesamt gut angelegtes Geld für die Kinder und für die Region.

Zum anderen geht Landrat Werner auf den Bereich der Schulen ein. Hier werden neben den Investitionen rund 8,5 Millionen Euro an Kreismitteln für den laufenden Betrieb ausgegeben. Damit werden die Kosten für Personal, Heizung und Energie, aber auch für Lern- und Unterrichtsmittel und nicht zuletzt rund 2 Millionen Euro für die Gebäudeunterhaltung aufgebracht. Bei diesen Unterhaltungskosten helfen hier die Bundes- und Landeszuweisungen aus dem KI 3.0, die die Maßnahmen mit 90 % bezuschussen. Im Kreisausschuss wurde mit großer Mehrheit beschlossen, dass der Schwerpunkt dieses Programms bei der Sanierung der Schulen zu setzen ist. Von den 3,5 Millionen Euro, die auf den Donnersbergkreis entfallen, werden über 3 Millionen für die Sanierung von Fenstern und Dächern und raumluftechnischen Anlagen in den Schulen verwandt. Im nächsten Jahr werden so über 1,8 Millionen in die Realschule Plus in Rockenhausen, das WEG in Winnweiler, die Berufsbildende Schule in Rockenhausen und die beiden IGS in Rockenhausen und Eisenberg investiert. Da der Eigenanteil des Kreises lediglich 10 % beträgt, lassen sich diese Projekte stemmen. Ohne dieses Investitionsprogramm wäre der Kreis noch über Jahrzehnte hinweg mit diesen Aufgaben beschäftigt gewesen. Natürlich werden in den Jahren 2017/2018 auch die anderen notwendigen energetischen Sanierungsmaßnahmen an den Schulen erledigt.

Die Blackbox schlechthin ist auch in diesem Haushalt das Thema Flüchtlinge. Niemand kann heute sagen, wie viel Menschen im nächsten Jahr hierher kommen – niemand kann es sagen, wie lange diese Menschen hier bleiben und niemand kann sagen, wie viele wieder zurückgehen müssen, wie viele in Arbeit vermittelt werden können und in welchem Zeitraum das möglich ist.

Wegen dieser Unwägbarkeiten lässt sich keine Zahl auch nur annähernd begründen. Deshalb hat man sich dazu entschieden, diesen Haushaltstitel Flüchtlinge und Asylbewerber im Ergebnis auf Null zu setzen. Es ist davon auszugehen, dass die Mittel, die vom Bund und Land kommen werden, ausreichen, um die Kosten zu decken. Ob dies tatsächlich der Fall sein wird, weiß heute niemand.

Finanziell scheint der Kreis auf einem vernünftigen Weg zu sein. Ab 1. Januar 2016 zahlt das Land Rheinland-Pfalz monatlich eine Pauschale von 848 Euro je Flüchtling ab dem Monat, in dem die Flüchtlinge auf den Donnersbergkreis verteilt werden. Diese Zahlung erfolgt bis zur Erteilung des Erstbescheides durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Das Land wird sich darüber hinaus ab 2016 mit 35 Millionen Euro an den Kosten beteiligen, die nach Erteilung des Erstbescheides anfallen. Weitere Leistungen des Bundes aufgrund der zusätzlichen Flüchtlingsmilliarde in Höhe von 48 Millionen Euro sollen den Kommunen auch noch zur Verfügung gestellt werden – ein Teil davon noch im laufenden Jahr (letzte Woche – Bescheid erhalten über 361.000 € als Abschlagszahlung).

Eines ist aber gewiss: Wenn man nicht eine so große Anzahl ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer hätte, die sich um diese Menschen intensiv und umfassend kümmern, würde kein Geld der Welt ausreichen, um eine geordnete Aufnahme, Unterbringung und Integration zu gewährleisten. Landrat Werner spricht an dieser Stelle seine große Hochachtung und seinen großen Dank an die Helferinnen und Helfer aus, die diese Gesellschaft so reich machen.

Natürlich werden auch im nächsten Jahr wieder Investitionen getätigt, um diese Region zukunftsfest zu machen. Zur Finanzierung dieser Investitionen wird eine Kreditaufnahme von 1,8 Millionen Euro erforderlich. Wenn gleichzeitig 2,2 Mio. € getilgt werden, können auch im nächsten Jahr die langfristigen Schulden weiter reduziert werden. Der Schuldenstand im Bereich der Investitionskredite beträgt dann rd. 21 Mio. €. Zu Beginn dieses Jahrtausends waren das noch 34 Millionen. Dieser Konsolidierungspfad lässt sich sehen.

Da für die einzelnen Projekte mit einem Gesamtzuschuss in Höhe von 2,1 Millionen Euro gerechnet wird, will man im nächsten Jahr 3,9 Millionen Euro investieren. Ein Schwerpunkt liegt wieder bei den Schulen. Die größte Einzelinvestitionsmaßnahme stellt im nächsten Jahr die IGS in Eisenberg dar. Diese Schule soll fit gemacht werden für die Oberstufe, die im nächsten Schuljahr starten wird. Insgesamt sind für diesen Zweck 2,6 Millionen Euro zu investieren – 1 Million davon im nächsten Jahr.

Im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes sind Investitionen in Höhe von 850.000 Euro vorgesehen. Die größte Einzelinvestition soll der Neubau einer SEG-Halle in Rockenhausen sein. Die dortige Unterbringungssituation ist äußerst unbefriedigend und dringender Handlungsbedarf ist angezeigt. Aktuell finden Gespräche mit dem DRK Kreisverband und der Stadt Rockenhausen über ein geeignetes Grundstück statt. Ein I-Stock-Antrag wurde für das nächste Jahr gestellt. Landrat Werner hofft, dass damit ein seit Jahren drängendes Problem gelöst

werden kann und die Fahrzeuge, das dazugehörige Material und vor allem für die aktiven Rotkreuzler eine sichere und zeitgemäße Unterkunft geboten werden kann.

Insgesamt wird sich der Kreis mit dem Thema Rettungswachen und SEG-Standorte im Alsenztal noch einige Jahre beschäftigen müssen. Die rettungsdienstliche Versorgung von Teilen der Verbandsgemeinde Winnweiler ist seit längerem Thema von Gesprächen zwischen dem Donnersbergkreis, der Kreisverwaltung Kaiserslautern und dem DRK Rettungsdienst Westpfalz GmbH. Ebenfalls scheint es Probleme mit der rettungsdienstlichen Versorgung in der Verbandsgemeinde Alsenz-Obermoschel zu geben. Darüber hinaus ist die bauliche Situation der Rettungswache Rockenhausen ebenfalls nicht zufriedenstellend und für das in Kreiseigentum stehende Gebäude aus den 60er Jahren ist zumindest mittelfristig mit Sanierungs- und Renovierungsbedarf zu rechnen. Es könnte sein, dass ein Neubau in Winnweiler und gleichzeitig ein Neubau in Alsenz zu realisieren sei und die Rettungswache in Rockenhausen saniert werden muss.

Der Kostenrahmen für kleinere Rettungswachen liegt bei rund 1 Million Euro, von denen der Kreis 75 % zu tragen hat. Vor diesem Hintergrund hält Landrat Werner es für erforderlich, ein Gesamtkonzept für die gesamte Alsenzschiene zu entwickeln. Dabei ist es wichtig zu wissen, in welchen Gemeinden es zu Problemen mit der Einhaltung der Hilfsfrist kommt und wie diese Probleme zu lösen sind. Anhand dieser Daten können dann mögliche neue Standorte von Rettungswachen geprüft werden. Ziel sei es dabei, in der gesamten Region mit maximal zwei Rettungswachen auszukommen und nicht auf drei aufstocken zu müssen.

Auch der Unterbringungsbedarf der schnellen Einsatzgruppen im Katastrophenschutz wird immer deutlicher. Der Kreis hat in den vergangenen Jahren stark in Fahrzeuge investiert und hat diese zum Teil nur provisorisch untergebracht. So steht der GW SAN z. B. bei der Feuerwehr in Winnweiler. Mit dem DRK Kreisverband Donnersberg sind darüber Gespräche zu führen, wie dieser Bedarf gedeckt werden kann. Sicher ist es sinnvoll zu überlegen, ob diese Gebäude nicht im Zusammenhang mit den Rettungswachen errichtet werden können.

Insofern sind die vorgesehenen Investitionen für den Neubau der SEG-Halle in Rockenhausen nur ein erster Schritt. In den nächsten Jahren wird man sich an diese Investitionen gewöhnen müssen.

Knapp 1,3 Millionen Euro sollen im nächsten Jahr in den Straßenbau investiert werden. Im Mittelpunkt der Investitionen steht die K6 – der Ausbau Felsberger/Spreiterhof, der im nächsten Jahr mit Sicherheit erfolgen wird, weil jetzt auch die Kanalisation neu verlegt wurde. Dazu kommt der Rad- und Fußweg entlang der K4 von Winnweiler nach Imsbach. 630.000 Euro sollen investiert werden, damit Bewohnerinnen und Bewohner der Gemeinden, aber auch Gäste

gut und sicher von einem Ort zum andern laufen oder fahren können. Auch damit geht ein lang gehegter Wunsch aus der Region in Erfüllung.

So kann im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten viel Positives auf den Weg gebracht und die Weichen dafür gestellt werden, um im Jahr 2016 den Lebens- und Wirtschaftsstandort Donnersberger Land zu stärken.

Gerd Fuhrmann (SPD) stellt fest, mit dem Entwurf des Haushaltsplanes 2016 liegt den Mitgliedern ein umfangreiches Zahlenwerk vor, das im Ergebnis ein Minus von 857.000 € aufweist. Dieser Fehlbetrag ist im Wesentlichen der Übernahme einer weiteren Schule in Kreisträgerschaft geschuldet. Zum Ausgleich dieser Mehrbelastung soll oder muss der Kreis auf Druck der ADD die Kreisumlage um einen Prozentpunkt erhöhen. Viele Gemeinden sehen diese Erhöhung sehr kritisch. Denn auf der Ausgabenseite stehen weitere große Belastungen, wie z.B. die VG-Umlage, die Gewerbesteuerumlage und die Umlage Fonds „Deutsche Einheit“, die von den Gemeinden zu tragen sind. So bleibt den Gemeinden nicht viel übrig, um ihre Aufgaben zu bewältigen. Gerade vor diesem Hintergrund sollte die ADD ihre Haltung zur Kreisumlagenerhöhung überdenken.

Im Bereich der Flüchtlinge im Haushalt keine Defizite einzuplanen – dies kann Gerd Fuhrmann unterstützen, denn konkrete Entwicklungen seien ungewiss. Es zeigt sich jedoch, dass man hier vor großen Herausforderungen steht. Die Menschen, die hierher kommen, finden zum Großteil in den Gemeinden und Städten Unterkunft. Für die Verwaltungen der Verbandsgemeinden und des Kreises bedeutet dies, eine zusätzliche Arbeitsbelastung und zeigt auch deren Leistungsfähigkeit. Die Art und Weise, wie die Mitarbeiter diese Aufgaben erledigen, ist für Gerd Fuhrmann bemerkenswert. Hierfür bedankt er sich ausdrücklich. Die Bewältigung dieser Aufgaben gelingt auch nur, weil viele ehrenamtliche Helfer sich engagieren. Auch diesen Menschen spricht Gerd Fuhrmann seinen Dank aus.

Christian Ritzmann (FDP) betont, dass auch die FDP-Fraktion sich bei den Menschen mit diesem grandiosen bürgerschaftlichen Engagement, die so vieles leisten, bedankt. Gleichzeitig kritisiert er jedoch die Bundesregierung, die in diesem Zusammenhang keine klaren Aussagen trifft, was denn genau zu leisten ist. Von der Integrationsbeauftragten des Kreises habe er zu dem Thema leider auch noch nichts gehört. Abgesehen von der kostenintensiven Initiative der Beschäftigungsgesellschaft habe der Landrat diesem Thema ebenfalls wenig Aufmerksamkeit geschenkt, so Christian Ritzmann. Für den Kreis gibt es in dieser Angelegenheit noch vieles zu

tun. Dass allerdings im Haushalt im Bereich der Asylbewerber eine Null eingestellt wurde, kann er nicht nachvollziehen und kritisiert ebenfalls diese Entscheidung.

Von einem Konsolidierungshaushalt kann Christian Ritzmann nicht sprechen, wenn man bei den Aufwänden eine Steigerungsrate von 9% ausweist und das innerhalb eines Jahres, nämlich von 2015 auf 2016.

Als weiteren Punkt spricht er die Beteiligung an Stromerzeugungsunternehmen aus Windkraft. Hierzu möchte er einen Antrag stellen, wonach ein Kapitalnachschuss für die AöR in Höhe von 500.000 € in den Haushalt 2016 einzustellen ist. Begründen kann er den Antrag nicht, so Christian Ritzmann, da er aus nicht öffentlichen Sitzungen des Verwaltungsrates der AöR nicht berichten darf. Er versichert jedoch, dass für seinen Antrag gute Gründe vorliegen würden.

Landrat Werner gibt zu bedenken, dass die Übernahme der RS + Kirchheimbolanden mit zusätzlichen Ausgaben i.H.v. rd. 2 Mio. € natürlich zu erhöhten Steigerungsraten führt.

Christian Ritzmann (FDP) entgegnet, dies sei ihm durchaus bewusst. Lässt man die Kosten für die Übernahme der Schule unberücksichtigt, so ergeben sich dennoch Steigerungen in Höhe von 5 %, die jedoch für einen Sparhaushalt immer noch nicht adäquat sind.

Rita Beck (B90/Grüne) stellt fest, der Kreishaushalt weist im Jahr 2016 wieder ein Defizit auf. Obwohl die Kreisumlage um einen Prozentpunkt erhöht wird, bleibt immer noch ein Jahresfehlbetrag von rd. 860.000 €. Verursacht wird der Fehlbetrag durch die Übernahme der RS+ in Kirchheimbolanden mit 1,3 Mio. € an Krediten und 721.000 € laufenden Kosten pro Jahr. Die Kreisumlagerhöhung um einen Prozentpunkt erbringt gerade die Deckung der laufenden Kosten für die Schule. Die Fraktion B90/Grüne geht jedoch davon aus, dass alle diese Erhöhung der Kreisumlage solidarisch mittragen werden, wie es auch bei der Übernahme der anderen Schulen geschehen ist. Mit der Übernahme der RS + in Kirchheimbolanden sind alle weiterführenden kommunalen Schulen in der Trägerschaft des Kreises und das ist gut so.

Das Ziel, alle kreiseigenen Schulen barrierefrei zu machen, sei fast geschafft. Im Jahr 2016 ist die IGS im Gebäude Friedrich-Ebert-Straße an der Reihe. Die energetische Sanierung der Schulen sei ein weiterer Beitrag zum Klimaschutz. So werden über drei Millionen € in die energetische Sanierung der Schulen und des Kreishauses gesteckt. Die Ziele des Donnersberger Energiekonzeptes sind erreicht. Dessen Fortschreibung wird 2016 auf den Weg gebracht.

Trotz knapper Kassen wird das Fahrradwegenetz weiter ausgebaut, so wie der Radweg zwischen Winnweiler und Imsbach. Der Pfrimradweg im Zellertal wurde 2014 ausgebaut. Eine Fortsetzung dieses Radweges bis zur Pfrimmquelle würde sich anbieten, auch als Anbindung zum bereits bestehenden Alsenztalweg.

Die Schulden des Kreises reduzieren sich trotz großen Investitionen. Wenn auch nicht so viel, wie im kommunalen Entschuldungsfonds vorgesehen. Die Fraktion B90/Grüne wird der Haushaltssatzung, dem Haushalt und dem Stellenplan zustimmen.

Weltweit sind aktuell mehr als 50 Mio. Menschen auf der Flucht. Wenn es nicht gelingt, die maximale Erderwärmung zu begrenzen, werden zu den Kriegsflüchtlingen noch Umweltflüchtlinge dazu kommen. Es ist davon auszugehen, dass die Zahlen der Asylsuchenden auch im Donnersbergkreis weiter ansteigen. Die Integration ist eine große Aufgabe. Hier ein Dank an alle, die sich für Flüchtlinge und Asylsuchende und alle, die Hilfe und Unterstützung brauchen, einsetzen.

Rudolf Jacob (CDU) informiert, die CDU-Fraktion unterscheidet zwischen den Ansätzen des Haushaltes, die soweit mitgetragen werden und der Umlagengestaltung, die in dieser Haushaltssatzung vorgesehen ist. Ob die eingestellte Null im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes so eintreten wird, zweifelt er allerdings an. Denn das Land hat die Mittel in diesem Bereich gekürzt. So zahlt der Bund ab 01.01.2016 630 € pro Asylbewerber; und nur die Differenz zu den 848 € sind Mittel des Landes. Ohne die vorgenommene Kürzung der Landesmittel wäre durchaus mit einer Null in diesem Bereich zu rechnen. Aber auch insbesondere die Kosten für die medizinische Versorgung, die nicht voll umfänglich erstattet werden, werden am Ende zu einem Defizit führen. Im kommenden Jahr wird auch der Kreistag hier entscheiden müssen, ob im Donnersbergkreis eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge einzuführen ist. Sollte dies der Fall sein, werden diese Kosten erneut in die Höhe gehen.

Rudolf Jacob erinnert, dass vor einem Jahr bei der Haushaltsberatung 2015 die CDU-Fraktion angekündigt habe, bei Vorlage eines Nachtragshaushaltes einen Antrag auf Umlagensenkung zu stellen. Da kein Nachtrag vorgelegt wurde, konnte es dazu nicht kommen. Der Umlagenerhöhung im Haushalt 2016 kann die CDU-Fraktion daher nicht zustimmen. Man sieht keinen Automatismus für die Anhebung der Umlage in Bezug auf die Übernahme der Schule in Kirchheimbolanden. Durch eine erneute Umlagenerhöhung würde eine, in der Landesverfassung garantierte finanzielle Mindestausstattung, zumindest mancher Gemeinden und Städte im Donnersbergkreis, in dieser Form nicht mehr gegeben sein. Ein deutliches Zeichen dieses

Kreistages gegen die Zwänge der ADD – nämlich die Ablehnung der Kreisumlagerenerhöhung -, so wie es auch der Kreistag in Kaiserslautern getan hat, würde sich Rudolf Jacob wünschen.

Die CDU-Fraktion beantragt daher eine getrennte Abstimmung über den Umlagesatz und den Haushalt als solches. Sollte eine getrennte Abstimmung nicht möglich sein, wird die CDU-Fraktion dem Haushalt nicht zustimmen.

Landrat Werner betont, die Umlagerenerhöhung auf Kreisebene dürfe nicht isoliert gesehen werden von der Entlastung der Verbandsgemeinden und der Umlagensenkung, die diese vornehmen konnten, da sie durch diese Übernahme der Schulen in Kreisträgerschaft entlastet worden sind. Für die Ortsgemeinden müsste es also ein Nullsummenspiel sein. So konnte in allen Verbandsgemeinden, in denen die Schulen an den Kreis übergegangen sind, bislang die Umlage zwischen 3 und 6 Punkten gesenkt werden. Der VG Kirchheimbolanden steht es ebenso frei, eine solche Entscheidung zu treffen, und ihre Ortsgemeinden durch eine Umlagensenkung zu entlasten. Landrat Werner weist darauf hin, trotz Umlagerenerhöhung, liegt der Donnersbergkreis immer noch über einen Punkt unter dem Landesschnitt. Somit werden die Gemeinden auch nicht überdurchschnittlich belastet.

Zum Thema Asylbewerber und zur möglichen Einführung einer Gesundheitskarte merkt Landrat Werner an, dass diesbezüglich noch vieles unklar sei und im Laufe des Jahres 2016 geklärt werden muss. Das Problem sieht Landrat Werner auch nicht darin, dass diese 848 € nicht ausreichen würden, sondern vielmehr darin, dass heute noch vieles ungewiss sei in Bezug auf die Anzahl der Flüchtlinge und ihre Aufenthaltsdauer.

Zum Schluss informiert Landrat Werner, dass über die komplette Haushaltssatzung mit Anlagen abzustimmen ist; es geht nicht, über Ausgaben und Einnahmen getrennt abzustimmen.

Rudolf Jacob (CDU) findet zwar den rein zahlenmäßigen Hinweis auf den Landesdurchschnitt in Bezug auf die Umlagengestaltung durchaus richtig, ist jedoch der Auffassung, dass aufgrund der Disparitäten innerhalb der Landkreise im Land und insbesondere aufgrund der Disparitäten der Einnahmesituation der Ortsgemeinden und Städte im Land hier durchaus unterschieden werden muss. So gibt es im Donnersbergkreis Ortsgemeinden und Städte, die ein wesentlich höheres Defizit haben als der Kreis; und das bei deutlich geringerem Haushaltsvolumina der jeweiligen Kommunen. Diesen Zustand hält Rudolf Jacob für nicht mehr vertretbar.

Mit dem Abstimmungsverfahren über den gesamten Haushalt erklärt er sich einverstanden.

Michael Cullmann (SPD) hält Teile der Argumentation von Rudolf Jacob durchaus für nachvollziehbar, denn aus der Sicht der Kommunen sei niemand über die Erhöhung der Umlagesätze glücklich. Auf der anderen Seite sind Teile der Ausführungen, die von Landrat Werner vorgebracht wurden, ebenfalls nachzuvollziehen. Am Schluss ist letztendlich ein Kompromiss einzugehen.

Zu der Wortmeldung von Christian Ritzmann, verweist Michael Cullmann auf zahlreiche Aktivitäten im Bereich der Flüchtlingshilfe, wie z.B. eine auf Initiative von Landrat Werner und der Handwerkskammer organisierte Aktion oder zahlreiche Deutschkurse, die in den entsprechenden Verbandsgemeinden stattfinden. Integration erfolgt auch bei Vereinen in den Dörfern. Es sei also nicht so, dass im Kreis diesbezüglich nichts stattfindet.

Hinsichtlich der erwähnten Windkraft, ist Michael Cullmann der Meinung, dass die Verantwortung diesbezüglich sicherlich nicht nur beim Kreis liegt, sondern auch bei den Kommunen, die in diesem Bereich genauso gefragt sind in diese Technologie zu investieren.

Klaus-Dieter Magsig (FWG) verfolgt die Diskussion mit Interesse und kann im Grunde genommen alle Argumente nachvollziehen. Die Frage, ob Umlageerhöhungen einen direkten Bezug zu der Übernahme der Schulen haben, wurde in den vergangenen Jahren mehrfach besprochen. Er ist der Meinung, dass es zumindest einen indirekten Zusammenhang gäbe. In der Vergangenheit wurde bei jedem Schulträgerwechsel die Kreisumlage angehoben. So besteht zumindest eine Logik dafür, die Umlage auch heute zu erhöhen, wie es Landrat Werner ausführlich und nachvollziehbar erklärt hat.

Die Vorgehensweise im Hinblick auf das Thema Flüchtlinge kann ebenfalls so unterstützt werden. Er geht davon aus, dass der Kreis am Ende doch mit einem Null-Ergebnis dieses Problem bewältigen können. Die Frage allerdings – wie es danach weiter geht – bleibt offen.

Nach wie vor hält Klaus-Dieter Magsig den kommunalen Finanzausgleich in Rheinland-Pfalz für desolat. Auch wenn für den Landkreis 4,4 Mio. € höheren Zuweisungen eingehen, so sind es doch am Ende die Kommunen, die nicht in der Lage sind, Selbstverwaltung zu betreiben. Auch die Finanzentwicklung des Kreises sei schlecht und durchaus verbesserungswürdig. Hier sieht er allerdings die Landesregierung gefordert, um dieses Problem lösen zu können.

Helmut Schmidt (Linke) bedankt sich ganz ausdrücklich für die ehrenamtliche Arbeit, die im Rahmen der Flüchtlingshilfe im Kreis geleistet wird. Ohne die ehrenamtlichen Helfer wäre vieles nicht leistbar gewesen.

In Bezug auf den Kreishaushalt zeigt sich Helmut Schmidt etwas überrascht, wenn hier von einer positiven Entwicklung der Kreisfinanzen gesprochen wird. Denn nach wie vor ist der

Donnersbergkreis hoch verschuldet und überschuldet. Aus diesem Grund kann er den von Landrat Werner erwähnten Optimismus nicht teilen. Die strukturelle Verschuldung, die im Kreis erreicht wurde, lässt sich hier vor Ort nicht ändern und lösen. Hier sind andere gefordert. Er wird diesem Haushalt nicht zustimmen.

Ulrich Kolb (FWG) ist froh darüber, dass das Thema Flüchtlinge nicht zu arg thematisiert wurde. Denn seiner Meinung nach lässt sich die Politik auf allen Ebenen zu sehr von der Presse treiben. Die Problematik mit den Flüchtlingen lässt sich nur deshalb so gut bewältigen, weil es so viele ehrenamtliche Helfer in Deutschland gibt, die sich dem Thema angenommen haben und eine hervorragende Arbeit leisten. Ohne das ehrenamtliche Engagement wäre diese Aufgabenbewältigung fast unmöglich gewesen.

Landrat Werner stellt folgenden Antrag von Christian Ritzmann zur Abstimmung:

II. Beschlüsse:

Der Kreistag des Donnersbergkreises beschließt zur Risikovorsorge 500.000 € für einen möglichen Kapitalnachschieß an die AöR in den Haushalt einzustellen.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen
 20 Nein-Stimmen
 12 Enthaltungen

Der Kreistag des Donnersbergkreises beschließt die Haushaltssatzung mit Haushalts- und Stellenplan für das Jahr 2016.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja – Stimmen
 14 Nein-Stimmen

Landrat Werner bedankt sich anschließend bei den Anwesenden für ihre Mitarbeit und schließt um 16.20 Uhr die Sitzung des Kreistages.

gez.
(Werner)
Vorsitzender

gez.
(Herbrandt)
Schriftführerin

Weiter anwesend: siehe Anwesenheitsverzeichnis

ABSCHLUSS

Tag der Einladung: 04.12.2015

Tag der Sitzung: 21.12.2015

Sitzungsort: Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 16.20 Uhr

Zahl der Mitglieder des Kreistages 38

Zahl der anwesenden Mitglieder des Kreistags 33

Zahl der abwesenden Mitglieder des Kreistages 5

Vorsitzender: Landrat Winfried Werner

Schriftführer/in: Verwaltungsangestellte Tatjana Herbrandt